

Kapitel 6: Solidarität sichern



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 22.11.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-S Solidarität sichern

Antragstext

1 Kapitel 6: Solidarität sichern

2 Sicherheitsversprechen

3 (274) Es braucht ein neues soziales Sicherheitsversprechen. Ein starkes soziales Netz ist
4 die Grundlage für persönliche Entfaltung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Niemand soll
5 unterhalb des Existenzminimums leben müssen. Soziale Politik schafft Teilhabe. Dafür braucht
6 es soziale und inklusive Infrastruktur, Orte des Miteinanders, diskriminierungsfreie Zugänge
7 sowie gleichwertige Lebensverhältnisse. Eine gute Daseinsvorsorge ist Voraussetzung für
8 Zusammenhalt.

9 (275) Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen Voraussetzungen
10 nicht beachtet werden. Das Grundgesetz soll deshalb um soziale Grundrechte wie zum Beispiel
11 das Recht auf Wohnen ergänzt werden.

12 (276) Die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union ist eine
13 Voraussetzung für eine von allen positiv erlebte Freizügigkeit. Die EU braucht daher
14 Investitionen in sozialen Zusammenhalt und Klimaschutz und keine destruktive Sparpolitik.
15 Sie hat die Europäische Union in der Vergangenheit belastet. Deregulierung, Privatisierungen
16 und Kürzungen von Ausgaben für Investitionen und Daseinsvorsorge dürfen keine Bedingungen
17 für
18 Finanzhilfen sein.

18 Arbeit

19 (277) Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit mehr als Existenzsicherung. Arbeit - ob in
20 Voll- oder Teilzeit - stiftet Sinn, man gehört dazu, bringt etwas voran. Erwerbsarbeit in
21 Vollzeit muss immer so viel wert sein, dass man davon auskömmlich leben kann. Arbeitsoll
22 sich aber auch stärker am Leben der Menschen ausrichten und nicht das Leben an der Arbeit.
23 So umfasst Arbeit auch Haus-, Sorge- und ehrenamtliche Arbeit, die für eine funktionierende
24 Wirtschaft und Gesellschaft unerlässlich ist. Diese Formen der Arbeit müssen genauso viel
25 Anerkennung erfahren wie Erwerbsarbeit. Sie sollen für niemanden ein Armutsrisiko oder den
26 Verlust der Unabhängigkeit bedeuten.

27 (278) Darüber hinaus braucht es ein starkes Arbeitsrecht. Dazu zählen faire Löhne, ein
28 armutsfester Mindestlohn, Lohngleichheit bei gleicher und gleichwertiger Arbeit, klare
29 Vorgaben zu Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Regelung von Arbeitszeiten. Auch
30 Menschen mit geringer Qualifikation müssen die Möglichkeit haben zu fairen Bedingungen an
31 unserem Wirtschaftssystem zu partizipieren. Das Arbeitsrecht muss auch in digitalen
32 Arbeitsmodellen und Unternehmen vollständig gelten und gestärkt werden.

33 (279) Die Vertretung von Arbeitnehmer*innen-Interessen durch Gewerkschaften, Betriebsräte
34 und Schwerbehindertenvertretungen muss in allen Unternehmen und Branchen
35 selbstverständlich
36 sein. Die Sozialpartnerschaft muss auch im Wandel bewahrt und ausgebaut werden. Für ihre
37 Lebensplanung brauchen Menschen Verlässlichkeit, auch im Erwerbsleben. Dazu gehören ein
38 effektiver Kündigungsschutz, flexible und gerecht aufgeteilte Elternzeit, faire Tariflöhne
39 und, als Grundsatz unbefristete Arbeitsverträge. Die Tarifbindung muss gestärkt werden und
40 die öffentliche Hand soll dies bei ihrer Auftragsvergabe berücksichtigen. Dafür braucht es
41 handlungsfähige Sozialpartner, starke Gewerkschaften ebenso wie verlässliche
42 Arbeitgeberverbände.

42 (280) Eine vielfältige Gesellschaft bringt immer vielfältigere Formen der Beschäftigung und
43 Arbeit hervor, oftmals jenseits einer Festanstellung. Je diverser die Arbeitswelt wird,
44 desto mehr brauchen wir eine soziale Sicherung, die alle Bürger*innen absichert. Um Solo-
45 Selbstständige zu unterstützen und gleichzeitig in das Sozialsystem einzubinden und um
46 prekäre Lebensverhältnisse zu verhindern, sollen neue Sicherungsmodelle entwickelt werden.
47 Solo-Selbstständigen soll der Eintritt in die Gesundheits- und Rentenversicherung
48 erleichtert werden und sie sollen die Möglichkeit haben, sich gegen Arbeitslosigkeit zu
49 versichern. Die Arbeitslosenversicherung soll allen Selbstständigen offenstehen sowie
50 bezahlbar und flexibel ausgestaltet werden. Dabei sollen die besonderen Bedingungen des
51 jeweiligen Berufsbildes und der gestaffelten Beiträge Auswirkungen sowohl auf den Anspruch
52 wie auf die Auszahlung der Ersatzleistungen haben. Ebenso bringt ein Zugang insbesondere für
53 Solo-Selbstständige zu anderen Leistungen der Arbeitsförderung eine höhere soziale
54 Gleichheit.

55

56 (281 neu) Der Arbeitsplatz soll ein Ort sein, an dem alle Menschen unabhängig von ihrer
57 Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität sie selbst
58 sein können. Durch wirkungsvollen rechtlichen Schutz gilt es sicher zu stellen, dass alle
59 Menschen im Beruf diskriminierungsfrei arbeiten können.

60 (281) Menschen mit Behinderung, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten oder dort
61 arbeiten möchten, sollen die dafür notwendige Unterstützung erhalten. Menschen mit
62 Behinderung, die bislang in Werkstätten arbeiten, sollen bessere Möglichkeiten bekommen, in
63 den allgemeinen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu wechseln. Dafür sollen sich Werkstätten
64 weiter öffnen. Als echte Alternativen zu den Werkstätten sollen Integrationsunternehmen
65 ausgebaut werden. Das Ziel ist ein inklusiver Arbeitsmarkt.

66 (282) Erwerbsarbeit sorgt nicht nur für Einkommen, sondern bedeutet für die Menschen auch
67 gesellschaftliche Teilhabe, soziale Kontakte, Wertschätzung und Anerkennung. Deshalb
68 brauchen Menschen die lange arbeitslos sind, Chancen und Perspektiven. Sie benötigen einen
69 Sozialen Arbeitsmarkt, der Teilhabe ermöglicht. Dabei müssen Menschen, die individuelle
70 Betreuung und Hilfe brauchen, diese auch erhalten.

71 (283) Die ökologische Transformation und der digitale Wandel ändern das Wirtschaften
72 grundlegend, und damit auch die Arbeit und die Arbeitsbedingungen. Die Digitalisierung der
73 Arbeitswelt bietet Chancen und Risiken. Welche Tendenzen sich durchsetzen, ist eine Frage
74 der politischen Gestaltung. Ohne klare Steuerung im Sinne der Beschäftigten erleben wir neue
75 Formen von Ausbeutung, Überforderung und Entfremdung, von Überwachung und ständiger
76 Erreichbarkeit. Doch wenn die Transformation entsprechend politisch organisiert wird, bietet

77 sie große Chancen für mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Es gilt, die Möglichkeiten der
78 Digitalisierung zu nutzen, um schwere Tätigkeiten zu erleichtern.

79 (283) Neben Einkommen ist Zeithaben für viele Menschen ein immer größerer Wert. Die
80 Verfügbarkeit über die eigene Zeit schafft Lebenszufriedenheit. Die Steigerung der
81 Produktivität soll so genutzt werden, dass Menschen freier und souveräner agieren können.
82 Die Möglichkeit, selbst über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen, gilt es zu stärken.
83 Gleichzeitig soll durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung Arbeit gerechter verteilt
84 werden, sodass alle Menschen mehr Zeit für sich selbst, ihre Familien, ihre Hobbys und für
85 gesellschaftliches Engagement haben. Das darf kein Privileg derjenigen bleiben, die es sich
86 leisten können. In Zeiten der Erziehung, Pflege und Weiterbildung braucht es eine
87 solidarische Unterstützung und Förderung. Auch Menschen mit niedrigem Einkommen sollen
88 sich
89 Auszeiten leisten können.

89 (284) Die Veränderung der Arbeitswelt verlangt den Menschen viel ab: Flexibilität,
90 Umstellung, Anstrengung. Es braucht einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Umschulung,
91 die solidarisch finanziert werden. Dazu wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer
92 Arbeitsversicherung erweitern und die Transformation der Arbeitswelt gerecht und
93 partizipativ gestalten. Für Menschen, die durch den Strukturwandel ihre Arbeit verlieren,
94 gibt es eine besondere gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Arbeitslosigkeit darf nicht
95 zum Ausschluss vom Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe führen.

96 (285) Mobiles Arbeiten bietet viele Möglichkeiten der selbstbestimmten Arbeitsgestaltung und
97 einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, birgt aber auch die Gefahr der
98 Doppelbelastung insbesondere für Frauen. Das Recht auf mobiles Arbeiten muss gestärkt und
99 gleichzeitig durch betriebliche Regelungen, Mitbestimmung und einen verbesserten
100 Arbeitsschutz so gestaltet werden, dass möglichst viele der potentiellen Vorteile
101 verwirklicht werden können. Das Recht darf nicht zur Pflicht werden und der Anspruch auf
102 einen betrieblichen Arbeitsplatz muss erhalten bleiben

103 (286) Digitalisierung bietet die Möglichkeit für mehr Souveränität und Flexibilität. Dafür
104 ist mehr Mitsprache von Beschäftigten bei Umfang, Art und zeitlicher wie örtlicher Lage der
105 Arbeit nötig. Erwerbsarbeit darf nicht in andere Bereiche übergreifen. Überstunden müssen in
106 allen Bereichen erfasst und abgegolten werden.

107 (287) Menschen, die sich in sozialen und sorgenden Berufen um andere Menschen kümmern,
108 sind
109 das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es fehlt ihnen oft an gesellschaftlicher Anerkennung
110 und guten Arbeitsbedingungen. Das betrifft vor allem Frauen, besonders diejenigen mit
111 tatsächlicher oder zugeschriebener Migrationsgeschichte. Ihre Leistung für das Gemeinwesen
112 muss aufgewertet und besser bezahlt werden. Das umfasst vor allem eine bessere finanzielle
113 Ausstattung von kommunalen Einrichtungen sowie Investitionen in die Daseinsvorsorge.

113 (288) Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt und ist eine wichtige Säule unserer
114 Arbeitswelt. Es gewährleistet eine hohe Qualifikation und umfassende Kompetenzentwicklung.
115 Studium und Berufsausbildung in Verbindung mit beruflicher Erfahrung sind grundsätzlich
116 gleichwertig. Die Rechte von Auszubildenden müssen gestärkt werden und es braucht mehr
117 betriebliche Mitbestimmung. Ausbildungen umfassen Arbeit, sie muss gut entlohnt werden. Aus-

118 und Weiterbildung muss inklusiv sein. Sie muss in Teilzeit und modular möglich sein.

119 **Geschlechtergerechtigkeit**

120 (289) Noch immer bestehen große ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen den
121 Geschlechtern. Um Gleichberechtigung im Arbeitsleben zu erreichen, ist das Prinzip der
122 gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit zentral.

123 (290) Alleinerziehende, überproportionale oft Mütter, tragen oftmals trotz Erwerbsarbeit ein
124 hohes Armutsrisiko. Deshalb ist hier eine besondere Absicherung und Entlastung durch den
125 Staat notwendig.

126 (291) Durch zahlreiche Regelungen im Steuer- und Sozialrecht wird eine ungleiche Aufteilung
127 von Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern gefördert. Statt den Trauschein zu fördern,
128 soll für künftig geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung gelten. Das
129 Ehegattensplitting soll durch eine gezielte Förderung von Kindern und Familien, in ihren
130 unterschiedlichen Formen, ersetzt werden. Das Steuer-, das Arbeits- und das Sozialrecht
131 müssen auf gleichen Rechten beruhen und geschlechtsneutral wirken. Sie sollen stärker an
132 ökonomischer Unabhängigkeit ausgerichtet werden. Erwerbstätigkeit soll sich für alle
133 gleichermaßen lohnen.

134 (292) Unser gesellschaftliches Zusammenleben und unser wirtschaftlicher Wohlstand baut auf
135 Sorgearbeit auf, die meistens unbezahlt oder unterbezahlt von Frauen geleistet wird. Es
136 gilt, die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Arbeit gerecht zwischen den Geschlechtern
137 verteilt werden kann. Insbesondere Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen und
138 Freund*innen sind keine Privatsache, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

139 **Soziale Garantien**

140 (293) Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne
141 Existenzangst. Deswegen überwinden wir Hartz IV und ersetzen es durch eine
142 Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle
143 Existenzminimum. So macht sie Menschen in Zeiten des Wandels stark und eröffnet Chancen
und
144 Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben.

145 (294) Die Garantiesicherung ist ein individuelles Recht und soll sich an den Prinzipien der
146 Teilhabe- und der Bedarfsgerechtigkeit orientieren und ohne weitere Bedingungen für jeden
147 Menschen gelten, dessen eigene finanzielle Mittel nicht ausreichen. Sie soll
148 Sicherheit
149 geben und die konkrete Lebenssituation und den Wohnort berücksichtigen. Ihre
Inanspruchnahme
150 darf nicht durch bürokratische Hürden in den Antragsverfahren faktisch verhindert werden.
151 Eigene Erwerbsarbeit muss sich immer lohnen und honoriert werden.

152 (295) Existenzsichernde Sozialleistungen sollen Schritt für Schritt zusammengeführt und
153 langfristig soll die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So schaffen wir einen
154 transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden. Dabei
155 orientieren wir uns an der Leitidee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Soziale
156 Sicherungssysteme sollen so gestaltet werden, dass deren Finanzierung möglichst krisenfest
157 ist.

158 (296) Die Föderale Europäische Republik ist eine Solidargemeinschaft, in der alle
159 Bürger*innen die gleichen sozialen Rechte genießen. Dazu muss die Währungsunion zunächst
um
160 eine Sozialunion mit starken gemeinsamen Mindeststandards erweitert werden, damit die
161 Schieflage zwischen weitreichenden wirtschaftlichen Freiheiten und wenig entwickelten
162 Arbeits- und Sozialstandards in der EU korrigiert wird. Dafür braucht es gemeinsame soziale
163 Standards, wie etwa zu Mindestlohn, Grundsicherung , sowie eine europaweite
164 Arbeitslosenrückversicherung. Darauf aufbauend wollen wir gemeinsame Instrumente der
165 Sozialpolitik schaffen.

166 (297) Einer Gesellschaft mit hoher Gleichheit geht es fast immer besser als einer
167 Gesellschaft mit hoher Ungleichheit. Dennoch hat die soziale Ungleichheit zugenommen.
168 Ungleiche Vermögen führen zu ungleichen Einkommen und ungleichen Lebenschancen, die sich
169 über Generationen vererben. Das bedeutet finanzielle Not für viele Menschen, einen Verlust
170 an Zufriedenheit, es treibt die Menschen auseinander und schadet dem friedlichen
171 Zusammenleben und der wirtschaftlichen Stabilität. Das Steuersystem ist ein effektiver
172 Hebel, um Ungleichheit zu reduzieren. Es braucht eine gleichere Verteilung von Einkommen,
173 Vermögen, Erbschaften und Chancen und die Verbesserung der öffentlichen Infrastrukturen, die
174 sozialen Zusammenhalt und Teilhabe schaffen.

175 (298) Gerade bei Kindern und Jugendlichen führen eine ungleiche Verteilung von Einkommen
und
176 Vermögen sowie ungleiche Bedingungen je nach Wohnort oder Zugang zum Bildungssystem zu
177 ungleichen Lebenschancen. Alle Kinder brauchen funktionierende und zugängliche öffentliche
178 Orte wie Kitas und Schulen oder Sportvereine, Schwimmbäder und Bibliotheken. Kein Kind in
179 unseren reichen Gesellschaften darf arm oder ein Armutrisiko für Eltern sein. Jedes Kind
180 ist gleich viel wert. Das soll über eine Kindergrundsicherung garantiert werden. Darüber
181 hinaus braucht es eine Gesamtstrategie gegen Kinderarmut, die neben der finanziellen
182 Absicherung auch Infrastrukturangebote umfasst.

183 (299) Es gilt, die soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge in der gesamten
184 Europäischen Union gemeinsam auszubauen und im Sinne geteilter Gemeingüter zu stärken.

185 **Rente**

186 (300) Solidarität lebt davon, dass sich alle an ihr beteiligen. Die Sozialversicherungen
187 sollen deshalb zu Bürgerversicherungen weiterentwickelt werden, so dass alle Menschen vom
188 Schutz der Sozialversicherungen profitieren und sich entsprechend ihren Einkommen, egal ob
189 aus selbstständiger Arbeit, Lohn oder Kapitalerträgen, solidarisch beteiligen.

190 (301) Das Umlagesystem der Rentenversicherung sichert als Generationenvertrag die
191 Altersvorsorge und ist weniger krisenanfällig als andere Systeme. Gleichzeitig stehen
192 Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung durch die strukturelle Alterung der Gesellschaft
193 vor großen Herausforderungen. Oberste Priorität ist, die Altersarmut zu verhindern und ein
194 lebensstandardsicherndes Rentenniveau zu erhalten. Langjährig in der gesetzlichen
195 Rentenversicherung Versicherte dürfen im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung
196 angewiesen sein. Bei Menschen, die dennoch eine Aufstockung auf Grundsicherungsniveau
197 benötigen sollte dies unbürokratisch und würdevoll erfolgen.

198 (302) Die Einwanderung von Arbeitskräften, eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen
199 sowie eine breitere Solidarität über eine Bürgerversicherung helfen dabei, das Rentenniveau

200 langfristig abzusichern. Auch die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und das
201 Vermeiden prekärer Erwerbsbiographien trägt dazu bei, Altersarmut zu vermeiden.

202 (303) Private und betriebliche Altersvorsorge können die gesetzliche Rente sinnvoll
203 ergänzen. Die kapitalgedeckten Säulen der Altersvorsorge sollen künftig öffentlich
204 organisiert und verwaltet werden. Jede*r, die oder der nicht widerspricht, soll sich daran
205 beteiligen. So wird eine attraktive Rendite auch für Kleinanleger*innen erzielt und alle
206 Menschen werden mit geringem Risiko am Produktivvermögen beteiligt.